

Nagold

Mark

Wir für

Monat fest

pro Jahr

wird auf

werden ent-

urs

Die

30% Fett

trocken

er die

rasante

rasante

rasante

Nagold-Ebhausen.

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

ebhausen: 1/10 Uhr

Wesentlich an jedem Werten...

Bezugspreis im Februar 1.00...

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Nr. 41

Montag den 18. Februar 1924

98. Jahrgang

Tagespiegel

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist auf Montag nachmittags einberufen. Minister Stresemann wird über die Arbeit der Sachverständigen-Kommission, die internationale Goldstandard, die Umtriebe der Frankfurterin Anita Lugsburg — oder Hugsburg, wie sie sich auch nennt — die Transerbelogung in Washington u. a. vertrauliche Auskünfte geben.

Der Reichstag teilt am 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, zusammen.

Die Rheinlandkommission hat in der Platz alle „Geheimverträge“, auch die Studentenverbindungen und die Sportvereine verboten.

Norwegen wird die Moskauer Sowjetregierung staatsrechtlich anerkennen.

Botschafterwechsel

Zu dem bevorstehenden Wechsel in der deutschen Botschaft in Washington wird von unterthier Seite geschrieben: Ein englischer Journalist hat es so gefügt, daß dem Rücktritt des deutschen Botschafters in den Vereinigten Staaten, Dr. Wiedefeld, die ledige Plazmaschine antizipiert der Transerfeier am Wilson vorangegangen ist. Nun sieht es so aus, als sei Wiedefeld über diese Affäre gefügt. Dem ist aber nicht so. Geheimrat Wiedefeld wünscht schon seit längerer Zeit seiner, nach Deutschland zurückzukehren und wieder Generalkonsul in Berlin zu werden. Bis im Frühjahr vorigen Jahres im Verlauf der französischen Kabinetsberatung Krupp von Bohlen und die anderen Direktoren gelangen gefügt wurden, wandten sich die Kruppwerke an den Berliner Auswärtigen Amt mit der Bitte, dem Botschafter Wiedefeld die Möglichkeit zur Rückkehr auf seinen führenden Industrieposten zu geben. Aber gerade weil Wiedefeld sich als genauer Kenner der Ruhr- und Reparationsangelegenheiten in Washington erlangen konnte, mußte er noch in seinem diplomatischen Amt ausbleiben. Dr. Otto Wiedefeld, der seit Herbst (März 1922) auf Betreiben des Außenministers Rathenau nach Amerika entsandt wurde, hat in der internationalen Öffentlichkeit ausfallend wenig von sich hören lassen. Das ist dem nicht an früheren Vertreter Deutschlands in Amerika, v. Holleben, Seel v. Sternburg, Saunus-Selisch, Thielmann, auch an Verfassung, durchaus nicht zum Nachteil des deutschen Diplomaten, der nicht aus der Diplomatie hervorgegangen ist, auszuweisen. Wiedefeld verfuhr ehrlich, die politische Psyche Amerikas kennen zu lernen, und arbeitete nach für die Interessen seines dort geprüften Vaterlandes, soweit ihm dies möglich war. Er hat dabei manches Opfer gebracht, auch in finanzieller Hinsicht. Denn er mußte seine kostspielige Stellung mit deutschem Papiergeld repräsentieren. Freilich, in gewissem weiterem Sinn vertrat dieser Mann so fähige Mann nicht das deutsche Volk. Er vertrat, was niemand aus seiner loyalen Haut herauskam, eher die Ansichten der Schamer- und Großindustrie, auch der Hochfinanz. Aber die Aufgabe des Botschafters ist anzupassen, war der richtige, vielleicht im Augenblick der einzig gangbare Weg. Von da aus erst ergab sich das Problem der politischen Annäherung. Als Nachfolger Wiedefelds ist Dr. Wilhelm Solf, derzeit deutscher Botschafter in Tokio in Aussicht genommen. Dr. Solf wird dieser Lage schon in Berlin eintreffen und es besteht kein Grund, anzunehmen, daß er das ehrenvolle Angebot ausschlägt. Ist er der richtige Mann nach Washington? Als der ehemalige Kolonialstaatssekretär und Außenminister Solf das deutsche Vordringen verließ, um nach Japan zu reisen, erklärte er es als sein Ziel, das verlorenen Vertrauen des ritterlichen Japan wiederherzustellen. Dies scheint nicht schwer zu sein, da genug gleichzeitige und übereinstimmende wirtschaftliche Interessen sowie kulturelle Ergänzungsmöglichkeiten zwischen beiden Ländern vorhanden sind, um durch zückerhafte Pflege der Beziehungen die Völker wieder einander zu nähern. Seitdem hat das europäische Reparationsproblem zum Zusammenbruch der deutschen Staatsfinanzen geführt und Japan erlebte die hartnäckige Kulturkollisionsfrage des Erdbebens. Dr. Solf konnte nicht anderes tun, als sich abwartend verhalten und die üblichen diplomatischen Plakaten mit Takt und Umsicht versehen. Und nur in einem Punkte hat er sich auf die Aufgabe vorbereitet, die seiner jetzt in Washington wartet: Japan erhofft schon lange eine Verständigung mit Amerika. Die Beziehungen, die zwischen Japan und Amerika bestehen, haben sich in letzter Zeit ganz außerordentlich vermindert. Dr. Solf hatte dabei manche Gelegenheit, nicht gerade den Bräutigam zu spielen, aber doch durch klugen Rat sich nützlich zu machen. Dr. Solf, der 13 Jahre in den Kolonien, davon 11 Jahre in Samoa, als Gouverneur gelebt hat, ist mit den Geheimnissen der hohen Weltpolitik wohlvertraut. Er unterscheidet sich aber von den Diplomaten der alten Schule dadurch, daß er, aller Geheimnisträumeri abhold, eine offene Aussprache für das erste Bewusstsein ist in der Weltung internationaler Konflikte hält. Er ist ein durch und durch modern denkender Mann und gibt im Ausland ein „Bayer“. Er bringt Menschenkenntnis, umfassende Bildung, Weltanschauung, wirtschaftlichen und politischen Weitblick mit, daneben viel Takt und eine gute Dosis Selbstvertrauen. Er

kennt für den 18-jährige Amt in Washington der Mann zu sein, den man sucht.

Mac Donalds neue Lage

Es ist in einem gewissen Grad möglich die englische Arbeiterpartei mit Ueberrahme der Regierung die gleiche Erfahrung, wie sie die deutsche Sozialdemokratie nach dem Umsturz machte. Sie erstreckt sich auf die Aufgaben, von denen sie vorher keine Ahnung hatte. Sie erkennt, daß es ganz unumgänglich ist, Reformen, die sie als Oppositionspartei gefordert hat, als Regierungspartei nur einzuführen zu durchzuführen, um ihren ungeheuren Anhänger Anhängen zu erlangen.

Auch Ramsay Mac Donald und seine Mitarbeiter werden die alte Erfahrung machen: daß, wer auszug, die Welt zu segeln, schließlich ganz wo anders landet, als er von Haus aus wollte. Sie mögen sich sein, wenn das Ziel, das sie erreichen, nur in der Richtung von dem abweicht, das sie suchten, und ihm nicht völlig entgegensteht liegt. Mac Donalds erstes Aufsehen als Premier — und der Sturz des Kramers, nicht zu vergessen — haben so viel erreicht, daß Poincaré zunächst in einer Nebenfrage einmal eingeladen ist. Er hat die dreiste Blockade der englischen Besatzung im Rhein Gebiet abgebaut, und er zieht seine Hand von dem andernbündlerischen Bündel, vorübergehend wenigstens, ab. Vielleicht will er in Nebenfragen den Engländern entgegenkommen, um in der Hauptsache, der Besetzung von Rhein und Ruhr, desto hartnäckiger bleiben zu können. Aber Mac Donald hat natürlich zunächst seinen Antrag, einen Erfolg mehr als einen Erfolg zu heischen. Er nimmt ihn für sich in Anspruch und hofft wahrscheinlich, dadurch, daß er auf Grund dieses ersten Erfolges eine starke Hoffnung zur Schau trägt, Einfluß auf die Stimmung in Frankreich zu gewinnen. Denn die große Unbekannte, die auch er heute noch in seine Rechnung einziehen muß, ist das Ergebnis der französischen Kammerwahlen. Indem Mac Donald das tatsächliche Entgegenkommen der französischen Regierung übertrifft und sich einwörtlich entgegenkommend verhalten mag, er hoffen, die Wahlen in einem der Verhandlung günstigen Sinne, zu veranlassen. Und man wird ihm zugestehen müssen, daß eine solche Gegenüberstellung Englands zu Frankreich im gegenwärtigen Augenblick kaum einen anderen Erfolg haben könnte, als die Weltausichten des Poincarismus zu vergrößern.

Wir können nichts einwenden gegen eine Politik der Verständigung zwischen England und Frankreich, vorausgesetzt, daß nicht wir bei der Verständigung, wie bis jetzt noch jedesmal, die Leidtragenden sind. Was Lord Halifax im Oberhaus gefordert hat: Von Deutschland nicht mehr Entschädigungen herauszuholen, als es bei Aufrechterhaltung fester Verhältnisse leisten kann — das ist der Kern der ganzen Sache. Beharrt Frankreich darauf, Deutschland eine zu große Entschädigungsgelast aufzuerlegen, daß der geringste Stoß von seiner Seite genügt, das Gleichgewicht zu stören, dann kann von Frieden und Verständigung keine Rede sein. Dann ist auch der offene Bruch zwischen England und Frankreich nur mehr eine Frage der Zeit.

Aber auch, wenn sich alles nach im Lauf dieses Jahres in Harmonie auflösen sollte, die Mac Donald in seiner Programmatik vorgezeichnete zu lösen glaubt, werden wir zum Unheil haben, zu leiden. Das England hat viel darum eingenommen, um Gerechtigkeit zu schaffen, wenn es selbst zückerhaft Ruhe vor Frankreich hat, ist wenig wahrscheinlich. Ob die Arbeiterpartei regiert oder die konservativen, wird voraus nicht allzuviel ändern. Und mit den Franzosen als nichtstrahligen Kämpfern im Rücken wartet unter ganz gewiss ein heileres Leben. So ruhig, wie Ramsay Mac Donald die „neue Lage“ ansieht, haben wir also im besten Fall keinen Anlaß, zu argzweifeln. Es wird schon dabei bleiben: Uns ist niemand, wenn wir uns nicht selbst helfen wollen. Uns untereinander die Schüssel einzuschlagen, wird nach auf absehbare Zeit als Luxus zu gelten haben, den wir uns nicht einkaufen können. Ob wir das begreifen oder nicht, wird für uns wichtiger sein, als ob der englische Erbsinner, welcher Partei er auch angehört, die Franzosen mit Zunderbrot füttert oder ihnen bittere Pillen verabreicht.

Die Mark bleibt fest

Zur Durchführung der deutschen Währungsreform die zu ihrem letzten Ziel, der Wiederherstellung der friedensmäßigen Goldwährung durch die Goldnotenbank, geborenen Menschen sollen dazu, die sich weder durch spekulative Wucher, noch durch irdisches Angeldschwei verblenden lassen, sondern ihre Rechnung klar und fest auf den Wirklichkeiten begründen. Es war den Kundigen klar, daß die schwächere Haltung der Mark an den Auslands-Devisenplätzen in der vorigen Woche nur vorübergehend sein konnte. Der Sturm der Spekulation auf die Festigkeit der deutschen Mark, der in ganz ähnlicher Weise bereits einmal in den ersten Januartagen anbrach, ist also wiederum abgeklungen, und das Publikum, das oft recht leichtgläubig die wilden Gerüchte über neue Devisenplünge und Markflüge weitertrug, mag sich beruhigen.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk — Nagolden sind daher von bestem Erfolg.

Der neue Währungsreform...
Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.
Postleitzahl: Stuttgart 6113.

Drei Dinge bestimmen die Kursentwicklung, also den Marktpreis, einer Währung auf den internationalen Devisenplätzen. In erster Linie der innere Wert des Zahlungsmittels, dieser zeichnet den allgemeinen großen Entwicklungstrend an. Bleibt er gleich, so ergibt sich im allgemeinen „Festigkeit“, verändert er sich, so tritt Schwankung ein. In zweiter Linie das Verhältnis von Angebot und Nachfrage des Zahlungsmittels auf den Devisenmärkten; in dritter Linie der politische Kredit des betreffenden Staats.

Will man wissen, ob die heute gangbaren Zahlungsmittel Deutschlands wirklich festen Wert ausweisen und daher, ungeachtet spekulativer oder politischer Wucherungen, auch weiter einen im allgemeinen festen, gleichmäßigen Kurs behaupten werden, so ist zunächst festzustellen, ob unferne Welt ein bestimmter innerer Wert zukommt. Fest war immer alle Goldmark bis 1914, weil sie an tatsächliche Goldmengen gebunden war. Fest sind ihrem Wesen nach auch unsere gegenwärtigen Zahlungsmittel: Erstens die Rentenmark, weil sie ein für allemal auf einen bestimmten Höchstbeitrag der Umlaufmenge festgelegt ist, und weil man sie jederzeit in goldwertbeständige Rentenbriefe umtauschen kann, die durch entsprechende Hypothekendarlehenbesicherungen der deutschen Landwirte und Unternehmer gedeckt sind, und diese sich nur auf vier Prozent des Steuerwertes der Einnahme beziehen, fünfundsiebzigfach gesichert sind. Zweitens die Goldmark, weil sie auf voll eingepagten Goldmünzen aufgebaut ist, weil auch ihr Umlaufbeitrag fest bestimmt, die werbeständige Verzinsung und Tilgung und Verzinsung gesetzlich vorgeschrieben und durch Goldmark-Steuerentnahmen des Reichs einwandfrei gewährleistet ist. Drittens die Papiermark, weil seit der Einführung der Rentenmark, vom 15. November 1923 an ihre Höhe unbegrenzt vermehrt werden die „Inflation“, vollständig unterbunden, seitdem jeder ihre Umlaufmenge nicht unerschöpflich zurückgegriffen und für den heute noch vorhandenen Umlauf eine Rentenmarkhaltung bei der Reichsbank gegeben ist.

All diese Tatsachen beweisen die währungswirtschaftliche Kraft unseres jetzigen Geldes, dessen Geltungsprozess doch durch vollendet werden soll, daß schließlich auch wieder einmal die goldwertbeständige Rentenmark und die Goldmark wieder zur Einführung gelangt. Wir haben die Währungsreform Dr. Heßlerichs, deren Früchte bereits in fortwährender Gesundung des Wirtschaftslebens reifen, durch Finanz- und Steuermaßnahmen erfüllt, die für weitestgehende Hoffnungen große Opfer bedeuten. Wir werden das Schicksal der Währungsreform nicht wieder jagen lassen.

Die Devisenmarktfrage, inwieweit sie bei der Kursbestimmung der deutschen Notata mitspricht, geht neben spekultativen Einwirkungen im allgemeinen aus unserer Handels- und Zahlungswelt hervor. Wenn wir mehr einfließen als wir ausführen, dann müssen wir den Einflüssen durch Zufuhr von Devisen decken. Wir treten dann auf dem Devisenmarkt als Anbieter von Mark und Nachfrage von Devisen auf. Das ist natürlich für unsere Währung nicht angenehm. Da unsere Einfuhr kaum noch mehr gebremst werden kann, als es ist, schon der Fall ist, so ist Ausfuhrsteigerung nicht nur ein allgemein volkswirtschaftliches Interesse, sondern auch währungspolitisch von großer Bedeutung. Inwieweit dann noch ein Einflüssenverbot besteht, ist es währungspolitisch äußerst wichtig, daß keine Bezahlung uns durch Auslandskredite gesundet wird, bis unsere Währung sich wieder gefestigt hat. Schritte hierzu sind im Gange.

Schließlich der politische Kredit, inwieweit er den Kursland beeinflusst. Seitdem die Inflation eingestellt, die Schaffung von Zahlungsmitteln nicht mehr das Hilfsmittel in den Finanzverlegenheiten des Reichs ist, hat dieser Faktor keine in den letzten Jahren manchmal verhängnisvolle Rolle so ziemlich ausgeübt. Außerdem gehen wir heute Einrichtungen entgegen, von denen man eine Verbesserung unserer internationalen Lage erhoffen kann.

All dies zusammengekommen, hat unsere Mark, um dem Börsensturm anzuhängen, auch weiter Aussicht auf feste Tendenz. Ein jeder vernünftige Mensch wird damit gern zufrieden sein, in Deutschland und auch draußen.

Was die Sachverständigen gefunden haben sollen

Paris, 16. Febr. Wir dem „Gosio“ und dem „Gosio“ von derselben Seite mitgeteilt wird, sollen die Sachverständigen in Berlin festgestellt haben, daß die Deutschen weniger Steuern bezahlen, als die Angehörigen der meisten verbündeten Länder. Die Steuern seien ungerecht verteilt und treffen besonders das Vermögen und den Arbeiterstand, während die Landwirte und die Großindustriellen bevorzugt seien. Die Sachverständigen hätten außerdem regelmäßige Ausgaben für Heer und Flotte festgestellt, die den Vertriebsverhältnissen ebenbürtig seien. (Das ist klar, denn die Mark ist viel teurer als der Durchschnitt. D. Sch.) Nach der Ansicht der Sachverständigen könnten zwei bis drei Milliarden Goldmark jährlich für Bezahlung der Entschädigungen und zur Vergütung einer Goldanleihe, die für die Schaffung der Goldnotenbank bestimmt wäre, aufgenommen werden. Die Sachverständigen sollen folgende Grundzüge aufgestellt haben:



1. Deutschland kann nur in dem Maß bezahlen, als seine Ausfuhr die Einfuhr übersteigt, was nur möglich ist, wenn den deutschen Waren der Zugang zu den Weltmärkten gewährt wird.

2. Die deutsche Zahlungsfähigkeit kann nicht bestimmt werden, bevor in Deutschland wieder regelmäßige wirtschaftliche Verhältnisse hergestellt werden und die bestregten Gebiete wirtschaftlich befreit sind, was aber nicht notwendig die Einstellung der militärischen Besetzung bedeutet.

3. Deutschland sollte ein Zahlungsausschuß von zwei bis drei Jahren gewährt werden, während welcher Zeit an Frankreich Sachleistungen sowie Darlehen auf die gesamte Goldanleihe geleistet werden müßte.

4. Es besteht Interesse dafür, die gesamten Entschädigungsschulden auf eine einhaltende Grundlage zurückzuführen. Dazu wäre eine Einigung auch über die Verbandskriegsschulden erforderlich.

5. Als Sicherheit für die Goldanleihe wären die Reichseisenbahnen zu bestimmen. In den Verwaltungen der Reichseisenbahnen sollten Repräsentanten ausgenommen werden. Ein Sicherheitsgrundstück sollte im Ausland angelegt werden.

Die Regierungsblätter stellen sich einstimmig auf den im „Temps“ verkündeten Standpunkt, indem sie gegen die wirtschaftliche Überforderung Deutschlands Einspruch erheben, wenn nicht gleichzeitig die Finanzen Frankreichs wiederhergestellt werden. Insbesondere dürfe das Ruhrgebiet in keine Weise beschränkt werden. Der „Figaro“ schreibt man sollte Frankreich nehmen, was es noch nicht besitzt, und es mit einer gewissen Beschränkung betrachten. Die „Journées Industrielle“ äußert sich gegen die Forderung, möchte aber, daß Deutschland im Austausch gewisse Eigenschaften, Waren und Handelsvorrechte an Frankreich abtrete. (1)

Nach dem „Neuport Herald“ sind die Sachverständigen der Meinung, wenn die deutschen Reichsbahnen die Sicherheit für die Goldanleihe abgeben sollen, so müssen unbedingt die Bahnen des Ruhrgebiets dem ganzen Umfang hinzugefügt werden; es dürfte also die französisch-belgische Sonderabzählung hier nicht weiterbestehen.

Die Jagd nach dem „gefälschten“ Kapital

Paris, 17. Febr. Der „Neuport Herald“ erzählt, der große Sachverständigen-Ausschuß warte noch auf das umfangreiche Ergebnis der Nachprüfung in der Durchführung der größten deutschen Banken durch besondere Sachverständige und er werde dann an den ersten Ausschuß einen Bericht machen. Es soll festgestellt werden, daß bedeutende Kapitalien vorzüglich aus Deutschland ausgeführt worden seien und daß es von dem Vertrauen in die Zukunft Deutschlands abhängt, ob die Kapitalien wieder zurückfließen. Es sei allerdings nicht unwahrscheinlich, daß für absehbare Zeit größere Beträge nach Deutschland zurückwandern. Eine genaue Aufstellung sei nicht möglich.

Neue Nachrichten

Was soll „abbauen“, nur die — Reichstagsabgeordneten nicht Berlin, 17. Febr. Reichsminister des Innern Dr. Sartorius empfing am Freitag die Führer der Reichstagsopposition — nur die Deutschnationalen waren nicht erschienen —, die sich gegen die Herabminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten ausgesprochen. Der Minister erwiderte, es sei verwunderlich, daß der Reichstag von dem allgemeinen Abbau ausgenommen sein wolle und daß seiner seinen Reichstagspflichten opfern wolle. Auch auf die erste Wogenstille auf der Ehrenliste haben sie für ihre Freisheiten nicht Verzicht geleistet. Das werde das Volk nicht verstehen. — Die Reichstagsfraktionen werden am Dienstag gegen ihren Abbau Stellung nehmen.

Die Minderung der Arbeitslosenfürsorge

Berlin, 17. Febr. Die Reichsregierung hat die Arbeitslosenfürsorge bestimmt, daß die Arbeitslosen als Gegenleistung für die öffentliche Unterstützung eine Arbeit zu leisten haben, die ihnen nach ihrem körperlichen Zustand zugemutet werden kann. Arbeitslose unter 18 Jahren sollen nur unterstützen werden, wenn durch die Landesbehörde festgestellt ist, daß der Arbeitsmarkt für die Jugendlichen besonders unzulänglich ist. Zu den Kosten der Unterstützung werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit je 1% Prozent vom Arbeitslohn herangezogen; Beträge, bei denen Arbeitslosigkeit besteht, können von der Beitragspflicht befreit werden. Anträge auf Bewilligung von Darlehen oder Zuschüssen aus Mitteln der Arbeitslosenfürsorge an hilfslosige Betriebe, die bei Wiedereinstellung mindestens 20 Arbeitslose beschäftigen würden, sind an die Gemeinden zu richten.

Eintrag auf Arbeitspflicht

Berlin, 17. Febr. Im preussischen Landtag ist von der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei der Antrag eingebracht worden, daß alle Deutsche beiderlei Geschlechts in allen Ständen und ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Stellung und Vermögensverhältnisse vom 18. bis 20. Lebensjahr mindestens zwölf Monate ununterbrochener gemeinnütziger Arbeit verpflichtet sind. Diese Arbeitsleistung soll allen Zweigen der Volkswirtschaft nutzbar gemacht werden. Stellenverteilung ist nicht haltbar.

Das Wohnungsproblem in Düsseldorf

Düsseldorf, 17. Febr. Nachdem die Franzosen in den letzten Wochen wieder 300 Wohnungen besetzt hatten, haben sie neuerdings 200 Wohnungen angefordert. Die ausgemieteten Bürger können nicht einmal mehr in den Wohnhäusern unterkommen. Der große Müller und Kaiser an der Alster, Prof. Eduard von Gebhardt, hat fast sämtliche Räume seines Hauses abgeben müssen. Er ist gezwungen, in einem Manjarsbuden zu wohnen.

Die Pfalz ist sich nicht überlassen

Speyer, 17. Febr. Die Rheinlandkommission hat einen Ausschuß von drei Offizieren (ein Franzose, Belgier und Engländer) ernannt, der in der Pfalz mit großen Vollmachten die Aufsicht führen soll. Die Rheinlandkommission hat also den Ausschuß mit Befugnissen ausgestattet, die sie selber gar

nicht besitzt. Der Dreier-Ausschuß berief nun den Ausschuß des preussischen Kronrats, dem jedoch auch ein Sonderbündler beigefügt wurde. Es wurde das Ansuchen gestellt, daß der Revisionsausschuß sich als freie Regierung erkläre, was der Ausschuß aber entschieden ablehnte, da dies ein Treubruch an der Reichsverfassung und an Bayern wäre. Der Ausschuß wird sich auch weiter göttlich noch mit Gewalt zur Regierung „ernennen“ lassen. Es wurde sodann vereinbart, daß die von den Sonderbündlern ausgewählten Beamten unerschütterlich in die Pfalz zurückkehren. Die Rückkehr der von den Besatzungsbehörden ausgewählten Beamten sollte „von Fall zu Fall geprüft“ werden, wobei der Revisionsausschuß mitwirken sollte. Der Ausschuß lehnte dies rundweg ab, verlangt vielmehr, daß sämtliche Beamte ohne Ausnahme, die General de Wey außerst habe, ihren Dienst in der Pfalz unerschütterlich und ohne einschränkende Bedingungen wieder aufnehmen können. Der Ausschuß verlangte ferner, daß die Sonderbündlerherrschafft vollständig beiseite gelassen werden und der Ausschuß erst der preussischen Regierung, die schon vor längerer Zeit ihren Sitz nach Heidelberg verlegt hatte, zur Genehmigung vorlegen. Der Dreier-Ausschuß hat auf die Frage, ob die Sonderbündler nunmehr einmündig werden, keine Antwort gegeben.

Reichstag der Sonderbündler

Speyer, 17. Febr. Der Pariser „Matin“ berichtet, etwa 1000 Sonderbündler seien nach den Vorgängen in Bismarcks und Hoch-Vorlesungen geflüchtet.

Die Sonderbündler sind aus Reusstadt und Kaiserlautern abgezogen. Die bisher von den Sonderbündlern gefangen gehaltenen Mitglieder der Hochregierung sind freigelassen worden. In Frankreich sind Franzosen zum Schutz der Sonderbündler eingetroffen. Ueber Germersheim wurde die Verkehrsperce von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr verlegt.

Arbeitsdienstpflicht in Bayern

München, 14. Febr. Das Staatskommissariat unterbreitete den beteiligten Staatsministerien einen Vorschlag über die Einführung der Arbeitspflicht. In der Begründung heißt es u. a., daß die Arbeitspflicht künftig ein viel wirksamerer Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes sein könne als die produktive Erwerbslosenfürsorge, da Möglichkeiten zur werkschaffenden Beschäftigung der Arbeitspflichtigen vorhanden seien und die Notwendigkeit bestehe, die heranwachsende Jugend ohne Rücksicht auf Beruf und gesellschaftliche Herkunft zur Einordnung in die Staatsarbeit zu erziehen. Als Zeitpunkt der Arbeitspflicht konnte für Männer die Zeit vom 20. bis 30. für Frauen die Zeit vom 18. bis 25. Lebensjahr, als Dauer des Arbeitsdienstes für Männer 1 Jahr, für Frauen 6 Monate in Betracht.

Bayrische Wahllocherichtigungen

München, 15. Febr. Der bayerische Landtag, der nach Beschluß des Reichstages am 21. Februar über seine Auflösung endgültig Beschluß zu fassen haben wird, hat eine Reihe von Anträgen angenommen. Nachdem der Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes abgelehnt worden war, wurde ein Ausschußantrag angenommen, der besagt: Das gesamte Ministerium übernimmt die Sicherung der Wahlfreiheit und der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Staatsbürger, sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mit allen staatlichen Mitteln. Vom Tage der Ausschreibung der Neuwahlen an bis zum Schluß der Wahlen dürfen Druckschriften nur verboten werden, wenn sie ihrem Inhalt nach auf den gewaltsamen Umsturz und auf gewaltsame Störung der öffentlichen Ordnung abzielen. Die Presse, Rede- und Versammlungsfreiheit ist im Rahmen von Gesetz und Verfassung wieder herzustellen.

Zustimmung fand ferner der Beschluß, wonach den Angehörigen der aufgelösten Parteien im Falle der Reichstagsauflösung entsprechende Verclamationsfreiheit zu geben ist. Schließlich gelangte ein Antrag auf sofortige Aufhebung des Verbots der politischen Presse zur Annahme.

Der deutsche Arbeitsmarkt

Berlin, 15. Febr. Noch immer sind im Reichsgebiet annähernd vier Millionen Arbeitslose und Hungerkämpfer vorhanden, doch hat der Arbeitsmarkt im Januar 1924 eine mögliche Besserung gezeigt. Im unbedeutenden Gebiet ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen vom 31. Dezember bis 31. Januar von 1.551.000 auf 1.429.000 zurückgegangen. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter von 643.000 auf 491.000. Die Zahl der Justizgefängnisinsassen (unterstützungsberechtigte Angehörige Vollstreckungsanstalten) ist von 1.658.000 auf 1.579.000 gesunken, wobei zu beachten ist, daß nach den geltenden Bestimmungen ein wesentlicher Teil der Erwerbslosen Unterstützungen nicht erhalten kann. Die Umwidmung wird aber befristet durch die Statistik der Industrie und der Arbeiter, die für Dezember 1923 22,1 Arbeitslose und 24,5 Kurzarbeiter, für Januar aber 20,5 Arbeitslose und 14,5 Kurzarbeiter auf 100 erlöste Mitglieder aufweisen. Im besetzten Gebiet beträgt die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter noch weit über 1 Million. Außerordentlich ungünstig ist besonders die Lage in der Pfalz. Auch im übrigen kommt der Arbeitsmarkt der besetzten Gebiete, die früher kaum Arbeitslosigkeit kannten, nur allmählich wieder in Fluß, insbesondere infolge der bekannten Eisenbahnverkehrsverhältnisse. Im Osten des Reiches steht besonders das anhaltende Frostwetter einer Besserung entgegen. Soweit die Industrie eine Besserung aufweist, ist der günstige Einfluß der beruhigten Währungsverhältnisse unverkennbar.

Die Heiligensprechung Pius X.

Rom, 17. Febr. Der „Messaggero“ meldet, daß die Untersuchungen für die Heiligensprechung des Papstes Pius X. gestern normiert offiziell mit einer rituellen Feierlichkeit eröffnet wurden.

Steuern soll Anleihen in Frankreich

Paris, 17. Febr. In der Kammer beantragte der frühere Kriegsminister Abg. Lescaze, daß der Währungsnoten Steuererhöhung (nach der Regierungsvorlage) eine jährliche Anleihe von 10 Milliarden Franken, die in 70 Jahren zurück-

gezahlt wäre, mit Zuschlagungen aufzulösen. Das kann im mit Steuern überfällig. Die Zeit der Ablösung sei noch nicht gekommen, das zeige der Fall von Birma. Poincaré erklärt, die französischen Behörden haben in Birma „Neutralität“ geübt. Frankreich werde in den Jahren 1925 und 1926 noch für 30 Milliarden Franken Anleihen für den Wiederaufbau ausgeben müssen, eine weitere Anleihe sei daher nicht am Platze. Finanzminister De Lasteyrie bekämpfte den Antrag ebenfalls; der Anleihenmarkt sei überfüllt. Die Kammer lehnte den Antrag mit 319 gegen 235 Stimmen ab.

Uebersälle der Ueberwachungskommission

Paris, 17. Febr. „Echo de Paris“ schreibt, die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Ueberwachungskommission habe bisher keine „Erfolge“ gezeitigt. Da sie vorher den deutschen Behörden mitgeteilt wurden, haben diese jedesmal Zeit gehabt, die Unregelmäßigkeiten zu verbergen. Die Befähigungen sollen nun wieder, wie früher, unermüdet vorgenommen werden. Der Reichstagsrat hoffe, daß die britische Regierung hier zu ihrer Zustimmung geben werde.

Abtretung des Jubaland an Italien

London, 17. Febr. Reuters meldet, die britische Regierung habe das Jubaland (Ostafrika) an Italien abgetreten, dem Versprechen gemäß, das im Krieg Italien gemacht worden war, daß es auch mit ostafrikanischen Kolonien entschädigt werden sollte, wenn die Verbündeten sich der deutschen Kolonien bemächtigt hätten. Frankreich habe an Italien schon früher einen ähnlichen Streifen von Tunis abgetreten.

Württemberg

Stuttgart, 17. Febr. Vom Landtag. Seitens der Bürgerpartei ist an das Staatsministerium in einer kleinen Anfrage die Anregung ergangen, die Verteilung von Abstrichen der Reichsverschaffung an jeden Schüler im Reich einzustellen, da die Reichsverschaffung in wesentlichen Punkten bereits geändert sei und weiter geändert werde, und weil die Verteilung jährlich mehrere 10.000 Goldmark koste, was als eine Verschwendung zu betrachten sei. Ferner wird angeregt, dafür zu wirken, daß die Einführung bzw. Durchführung des vierten Grundschuljahres ausgesetzt, bis die finanzielle Lage der Gemeinden und des Staats die Durchführung ermöglicht.

Stuttgart, 16. Febr. Bündliche Darlehensstellenvereine. Vom Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg e. S. wird uns mitgeteilt: Die Tagesarbeiten berichten von einer Sitzung des Hauptverbandes der Darlehensstellen in Berlin, in der beschlossen worden ist, die Darlehensstellen abzubauen. Diese Kritik rüft die Darlehensstellen, die während des Kriegs bei der Reichsbank für Bombardierungszwecke errichtet wurden, auf andere landliche Darlehensstellenvereine bezieht sich die Kritik selbstverständlich nicht, vielmehr ist der Wiederaufbau der örtlichen Kreditgenossenschaften eine wichtige, für die Landwirtschaft überaus bedeutungsvolle Aufgabe und dieser Wiederaufbau ist bereits erfolgreich eingeleitet.

Terurteilung. Der Schuhwarenhändler Wilhelm Sulz in Stuttgart, der seine mit ihm in Scheidung lebende Frau erstickt hatte, wurde von der Strafkammer zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nur 2 Jahre beantragt.

Aus dem Lande

Mergenthal, 17. Febr. Wildschweine. Bei Mergenthal wurde eine Treibjagd auf Wildschweine veranstaltet. Ein mächtiges Tier wurde angeschossen, es durchbrach aber die Treibkette und entkam.

Heidenheim, 16. Febr. Kommunisten vor Gericht. Wegen des am 6. Januar d. J. erfolgten Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten (kommunistische Versammlung) wurden von 20 Angeklagten aus Heidenheim vom Schöffengericht 2 mit je 20 und 2 mit je 40 Goldmark bestraft, die übrigen freigesprochen.

Heidenheim, 16. Febr. Sanitätsgelände. Im vergangenen Jahr wurden 12 neue Wohngebäude mit 51 Wohnungseinheiten erstellt, außerdem 11 Neubauten für Fabriken und sonstige gewerbliche Anlagen, 3 Schwestern, 16 Schuppen.

Kaßheim, 16. Heidenheim, 16. Febr. Ein neuer Trick. Dieser Tage kam ein Mann von einem demnach bayerischen Ort her, und nach den nachgelassenen Geheiß, um zu einer Heerdigung nach dort hin zu fahren. Zweimal hat er seiner ersten Pflicht genügt. Auf erwidern der Geladenen, daß man den betreffenden Verstorbene ja gar nicht kenne, wußte er nichts zu sagen. Das läßliche Geschenk in Empfang nehmend, ging er von dannen. Aus seinem vollgepacktem Rucksack schließlich muß er Häuser, in denen er Wehl oder Brot zu bekommen erhoffte, besorgen haben.

Hundersingen, 17. Febr. Reichsfertige Gesellschaft. Eine gewisse Rosa Wölfe, ungewisser Herkunft, vermochte verschiedene Einwohner zur Abgabe von Darlehen und Wertgegenständen zu veranlassen. Die Beute wurde in lustiger Gesellschaft vertheilt. Das Frauenszimmer, das schon anderwärts heftig verfolgt ist, wurde verhaftet.

Hundersingen, 17. Febr. Ein Raub. Als die Frau des Landwirts Hermann Sauer ihre Hühner füttern wollte, lagen 20 Stück Hühner verendet im Stall. Es liegt jedenfalls ein Raubakt vor. Vermutlich wurde den Hühnern Gift gegeben.

Stingen, 17. Febr. Ueberfahren. Die 16jährige Marie Ragg von Wintersingen geriet auf dem hiesigen Bahnhof unter den Eisenbahnwagen, wobei ihr ein Fuß abgefahren wurde.

Schwenningen, 16. Jan. Tödlicher Unfall. Im Schwenningen ist beim Songhofgäßchen der bei Müller Bippur im nahen Mühlhausen bedienstete Knacht Fritz Riedel tödlich verunglückt. Der so früh ums Leben Gekommene ist 28 Jahre alt, ledig und von Waldmuffingen O. Oberndorf gebürtig.

Calw
Frau W.
Hilfen
Sommer
Kath.
Reichsb.
die Erde
finanziell
Kome.
gestellt
Reicht
Tante u.

Hilfen
Stuttg.
ber. In
Schne.
meiner
lam Da
wie ent
grig un

Wochen
Februar
Reu ein
Wiele (8
Mittwoch
Kücher: 7
bis 21000
Wiele: 2
7 bis 10.
Früh: 1.
Wochen
1924. 2. 2.
Werkstatt
1. 6. 2. 2.
Satz: 6. 2.
bis 1000.
ander 10.
22. Febr.
Heraus: 7
Bertram:
Satz — 2.
Wochen
1. 30 bis 0.

Rarler
die Dadi
präbende
Landtags
samt 80
Ausfluss
in Bern,
einer freu
durch die
Bretter
Hedde
Polzeiber
Es handel
berühmt
Kuch gel
werden, i
sonders
bühler e
Aufregung
Kann in
ein und
Ein I
forten un
Brogem i
Handeler
jeigt er
Münd
meister A
weggeföh
Dau
reis sind
Iharenwei
scheint, al
und Wint
gen und N

Ein I
forten un
Brogem i
Handeler
jeigt er
Münd
meister A
weggeföh
Dau
reis sind
Iharenwei
scheint, al
und Wint
gen und N

Täglich

des l

In we
Gleich 2
80 Jahren
von 1 die
als einzige
unbedeut
spiel, es
alten Mi
haltung r
ist best
und der F
abgerufen
in Klänge
wird
Die P
familien,
sittlichen
Waldschaf
der nur d
Friedrich
tides und
einmal un
berühmte
Gehende
unter müt
bürgerliche
erhielt. D
Kauf der



